

# Info links

Ausgabe 9  
4. November 2004

**Basistreffen zum PDS-Bundesparteitag**  
mit Dr. Dagmar Enkelmann,  
8. November, 19 Uhr,  
Bezirksamt,  
Große-Leege-Straße 103



Ehrung Hans Zoschkes durch Anwohner der Straße in Karlshorst, die seinen Namen trägt

Foto: Walter Fauck

## Hans Zoschke geehrt

Anwohner der Johannes-Zoschke-Straße und Karlshorster PDS-Mitglieder gedachten am Sonntag, dem 24. Oktober, des 60. Jahrestages der Hinrichtung von Hans Zoschke. Der Lichtenberger Maschinenarbeiter und Arbeitersportler – ein sehr enger Freund Werner Seelenbinders – war wegen aktiver Widerstandsarbeit in der Uhrig-Römer-Gruppe gegen das Nazi-Regime am 4. April 1942 von der Gestapo verhaftet und wenig später ins „Arbeiterziehungslager“ Wuhlheide verbracht worden.

Auch hier setzte er seine antifaschistische Tätigkeit fort. Seine Frau Elfriede konnte mit ihm sprechen, als er einmal zu Aufräumarbeiten außerhalb des Lagers abkommandiert war. Sie teilte 1994 darüber mit: „Hans erzählte mir von den unmenschlichen Bedingungen im Lager Wuhlheide, das von Stacheldraht umzäunt war. Dort herrschten üble Strafen vor. So steckte man Häftlinge in mit Fäkalien gefüllte Sickergru-

ben und schloss anschließend den Deckel. Täglich kam ein Mensch zu Tode, meistens Juden! Doch konnte in Einzelfällen auch Bedrohten beigestanden werden. Einem Russen, der liquidiert werden sollte, verschafften die Freunde Eisenbahnerkleidung und brachten ihn – unter einer Sendung schmutziger Wäsche verborgen – aus dem Lager ...“ (Hans-Rainer Sandvoß: „Widerstand 1933–1945 in Friedrichshain und Lichtenberg“, herausgegeben von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand)

Die kürzlich veranstaltete Ehrung der Widerstandsgruppe um Anton Saefkow und solch spontane Aktivität von Anwohnern im Bereich der Johannes-Zoschke-Straße sind besonders angesichts anhaltender neonazistischer Umtriebe wichtig, zeugen sie doch davon, dass antifaschistischer Widerstand in unserem Stadtbezirk eine lange Tradition hat und in der Bevölkerung fest verwurzelt ist.

Martin Walter

## Sozial mit aller Kraft

von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

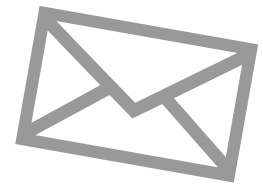
Das war das Motto des Parteitages der PDS am letzten Oktoberwochenende in Potsdam. Austragungsort war die Caligari-Halle im Filmpark Babelsberg. Das hatte durchaus symbolische Bedeutung. Der wieder gewählte Vorsitzende der PDS, Lothar Bisky, machte deutlich, dass im Film alles ausgeleuchtet wird und auch Schwächen schonungslos zu Tage treten.

Zentrales Thema war denn auch, wie die PDS nach den vielen Demonstrationen gegen Hartz IV den Protest aufnimmt, bündelt und konkrete Verbesserungen für die Menschen erreichen kann. Dazu gehört die Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden. Sie finden in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Ansprechpartner. Aufgabe einer politischen Partei ist es aber auch, in die Zukunft zu schauen und zu erkennen, welche Probleme in der nächsten Zeit auf uns alle zukommen werden. So beabsichtigt die EU-Kommission, bis 2010 einen europäischen Binnenmarkt für Dienstleistungen zu errichten. Das ist ein frontaler Angriff auf die Handlungsspielräume in den Kommunen. Die PDS wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, Handlungsspielräume für die Kommunen zu erhalten und auszubauen.

Damit wird sich auch der nächste Parteitag befassen. Hier hat die PDS ihre größten Stärken und ihre umfangreichsten Erfahrungen. Auch in Lichtenberg ist die Kommunalpolitik das Feld, auf dem die PDS beweisen kann und muss, dass sie in der Lage ist, das Parteitagsmotto „Sozial mit aller Kraft!“ umzusetzen.

## In dieser Ausgabe

- Meinungen zum neuen Sozialticket (Seite 2)
- Nachrichten aus der BVW (Seiten 4 und 5)
- Hartz IV und die kommunale Beschäftigung in Berlin (Seite 6)
- Besuch im Bundestag (Seite 7)



## Zum neuen Sozialticket

... erklärten die PDS-Bezirksverordneten Ingrid Schilde und Frank-Uwe Albrecht am 20. Oktober:

„Wir begrüßen, dass die BVG nun beginnt, sich mit der Wiedereinführung eines Sozialtickets ihrer sozialen Verantwortung zu stellen. Dies ist ein Erfolg des beharrlichen Ringens der PDS-Vertreter in Senat und Abgeordnetenhaus, durch Steuergelder finanzierte Verkehrsdienstleistungen selbstverständlich auch gegenüber den sozial Schwächsten dieser Gesellschaft zu erbringen. Nicht zuletzt haben dies unsere Aktion ‚Fair Preis-Ticket‘, mit der wir bereits im Frühjahr den Betroffenen zur Seite standen, sowie tausende Postkarten aus Lichtenberg an die BVG mitbewirkt.

Unakzeptabel bleibt der Preis. Deshalb erwarten wir, dass die vermutlichen Mehreinnahmen von 19 Mio. Euro, die der BVG nach der Streichung des Sozialtickets am 1. Januar 2004 zufließen, an den Steuerzahler zurückgegeben werden. Dieser Vorschuss muss in die ‚begleitenden Untersuchungen‘ einfließen, die im nächsten Jahr angestellt werden, um die Fortführung des Sozialtickets zu ermöglichen. Darüber hinaus soll diese Prüfung transparent sein und die Betroffenenvertretungen daran beteiligt werden.“

## Realitätsverlust

In seinem „Plädoyer für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus“ möchte Wirtschaftssenator Wolf glauben machen, durch die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sei ihre „gesellschaftliche Akzeptanz signifikant gestiegen“. Das „Plädoyer“ wurde für eine Klausur der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus verfasst, die Ende September im polnischen Szczecin stattfand, und dort auch diskutiert. Über eventuelle Kontroversen wurde nichts bekannt. Was der Fraktions- und Landeschef anschließend im ND mitteilte, war uneingeschränkte Zustimmung. Was jedoch ND-Leser in Zuschriften an ihre Zeitung zum Ausdruck bringen, klingt kaum nach gestiegener Akzeptanz.

Auch sollten wir folgende Tatsachen keinesfalls gering schätzen: Bei der Bundestagswahl 2002 lag die PDS selbst in Lichtenberg, wo sie das Direktmandat errang, mit den Zweitstimmen hinter der SPD. Bei der Europawahl büßte sie weitere Stimmen ein. Wären jetzt Wahlen zum Abgeordne-

## Halber Preis? Ein Witz!

„Neues Ticket zum halben Preis“ titelte der „newsletter 179/04“ der Berliner PDS vom 19.10.2004. Verglichen wird hier mit dem aktuellen Preis für das Standardticket, nicht etwa mit dem Preis für das alte Sozialticket vor dessen unsozialer Abschaffung.

Solche Art Siegesmeldung erinnert mich an einen alten Witz: Chruschtschow und Kennedy veranstalten ein Wettrennen. Kennedy gewinnt. Die – sachlich richtige – Wiedergabe in der „Prawda“ las sich dann so: „Hervorragender zweiter Platz für Nikita Sergejewitsch! US-Präsident wurde Vortzter!“

M. W.

## Auch das gehört zur Bilanz

Zum Kommentar auf Seite 1 der Ausgabe 8/2004 meinte unser Leser Ralf Berger:

„... sind die Montagsdemos nur eine Form des Kampfes. An ihre Stelle werden andere Kampfformen treten, vielleicht weniger ‚mediengerechte‘, dafür punktuell wirksamere ... Hier muss die PDS allerdings deutlicher und nachdrücklicher als bisher die praktikierbare Alternative zeigen. Zur Bilanz gehört sicher auch, dass viele bei den Demos ihr politisches Süppchen kochen wollten. Ich nenne nur MLPD oder die Neonazis unter verschiedener Bezeichnung. Denen geht es nicht darum, den Hartz-Betroffenen beizustehen, sondern sie für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. ...“

tenhaus, würde es für SPD und PDS zur Regierungsbildung gar nicht mehr reichen.

Sehr nachdenklich sollte uns machen, dass die PDS bei bundesweiten Umfragen, bei denen sie seit Mai stets bei fünf Prozent und darüber lag, jetzt wieder bei vier Prozent gelandet war. Das kann doch wohl kaum nur an den nicht mitregierenden Landesverbänden liegen. Der Wahlerfolg unserer Brandenburger Genossen am 19. September beweist das Gegenteil. Dass eine Koalition mit der SPD nicht zustande kam, sollte man nicht bedauern. Dafür sollte man sie beglückwünschen.

In den zwei Jahren bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode ist durchaus damit zu rechnen, dass die Schröder/Münzfering-SPD, in der jede linke innerparteiliche Opposition zum Schweigen gebracht wurde, weitere antisoziale Maßnahmen einleitet. Dagegen müsste die PDS weiter, und zwar entschiedener als bisher, Widerstand leisten und auch organisieren. Der SPD voreilig die Fortsetzung der Koalition anzubieten, finde ich geradezu abenteu-  
Ronald Löttsch

## An die Zukunft denken

Aufgabe der letzten Hauptversammlung war es u. a., die Delegierten zum 9. Parteitag der PDS zu wählen. Unter den männlichen Kandidaten gab es zwei junge Genossen. Leider erhielt keiner von beiden die erforderlichen Stimmen.

Ich bedauere, dass wir junge Genossen durchfallen lassen, obwohl wir sie brauchen und ständig davon reden. Bei kommenden Wahlen sollten die Delegierten sorgfältiger entscheiden.

Herbert Janz,

Delegierter der BO 46

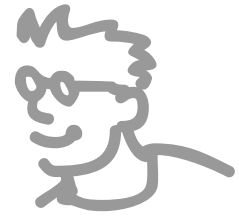


Wolf Schrader (3. v. l.), bekannt durch seine Karikaturen im ND, eröffnete am 20. Oktober eine Ausstellung seiner Bilder im Bundestagsbüro von Gesine Löttsch. Mit Wein und Sekt versorgt, lauschten die Gäste den Ausführungen des Künstlers und danach experimentellen Klängen eines Gitarristen. Diese Ausstellung stellt den Auftakt einer neuen Reihe „Künstler aus unserer Nachbarschaft“ dar. Da die Ausstellungsmöglichkeiten auch in unserem Bezirk begrenzt sind, stellt das Bundestagsbüro seine freien Wände Lichtenberger Künstlern zur Verfügung. (Eintritt frei, Telefon: Bundestagsbüro: 99270725)  
Katrin Kluger

## Was freut die PDS nicht?

Zum Kommentar auf Seite 4 der Ausgabe 8/2004 schrieb uns unser Leser J.P.:

„Dass der politische Konkurrent der PDS in Lichtenberg solche „exzellenten“ Vertreter des Niedergangs hat, könnte uns eigentlich egal sein und der Niedergang der SPD auch. Keiner kann doch ernsthaft von solchen Politikern eine Umkehr zugunsten der Opfer des Sozialraubs erwarten. Also bleibt die Genugtuung darüber, dass die Mehrheit der Bezirksverordneten in Lichtenberg sich ebenso wenig für blöd verkaufen lässt wie die Bürger.“



Einer von uns:

## Rudolf Raupach

Als 15-jährige FDJlerin fuhr ich 1949 zu einem Lehrgang an die Landesjugendschule Brandenburg in Bärenklau. Kulturleiter der Schule war Rudi Raupach, dessen erstes Lied wir aus der Taufe hoben: „Wir haben einen Plan gemacht ...“ Mit dieser Anekdote „erneuern“ wir nach mehr als 55 Jahren unsere Bekanntschaft. „In Bärenklau habe ich geheiratet“, fügt er hinzu. Und als seine Frau Luzie ins Zimmer kommt, stellt er mich als Schülerin von Bärenklau vor.

Rudi war Sohn eines linken Sozialdemokraten, der von den Nazis verhaftet wurde und dann im Zweiten Weltkrieg sein Leben lassen musste: als „wehrunwürdig“ ins Strafbataillon 999 gepresst. Rudi selbst, einer vom Jahrgang 1923, machte den Krieg von Anfang an mit. Vor Moskau schwer verwundet, verbrachte er fast zwei Jahre in Lazaretten und war schließlich in einer „Genesungskompanie“ in Dänemark. Von hier aus ging es in britische Gefangenschaft.

Seine Familie hatte sich – „wer überlebt“ – in Pritzwalk verabredet, wo es Verwandte gab. 1946 traf auch Rudi hier ein. Von Kind auf hatte er Gitarre gespielt. Nun wollte er unter den Jugendlichen eine Laienspielgruppe gründen. Lasst uns mit Politik zufrieden, wir brauchen Essen und Kleidung, war die Meinung. Dem enttäuschten Stadtjugendleiter machte der sowjetische Stadtkommandant Mut: „Die Jugend muss wieder Freude am Leben haben“, sagte er. Jugendtanz und Fußball, Laienspiel, Singen und Zirkel auf verschiedenen Wissensgebieten – dann würde die Jugend auch beginnen, politische Fragen zu stellen.

Zwei Jahre später war Rudi Kulturleiter an der Landesjugendschule. Hier wurde im Sommer 1949 das nationale Kulturprogramm für die Weltfestspiele in Budapest einstudiert. Daraus ging das Volkskunstensemble der DDR hervor. Mehrere Weltfestspiele machte Rudi mit, dann als stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des Zentralrats.

Um 1960 wurde er „zu alt“ für die FDJ und übernahm die Leitung des Zentralhauses für Kulturarbeit in Leipzig. Später war Rudi in der Kulturabteilung des ZK verantwortlich für Volkskunstarbeit. Er gehörte nie zu den engstirnigen Funktionären, bei denen Spontaneität und unkonventionelle Formen verpönt waren. Sein Anliegen blieb es, bei vielen Menschen das künstlerische, schöpferische Tun anzustacheln und ihr Interesse für die Musik zu wecken. Dass die Singebewegung teilweise zur Bühnenshow wurde, konnte ihm nicht gefallen.

Fotos: privat



Mit dem Sekretär des Kulturbundes, Karl-Heinz Schulmeister, ist er bis heute freundschaftlich verbunden. Der Kulturbund war in der DDR „anders“, hier konnte man nicht nur seinen kulturellen Interessen frei nachgehen, sondern auch offen miteinander reden. Und sein Freund bescheinigt Rudi, dass er ihn und den Kulturbund nicht gegängelt hatte.

Heute leben Rudi und seine Frau Luzie in einer kleinen Wohnung in Karlshorst. Beide sind über 80 Jahre alt – aber nicht einsam.

Rudi und Luzie Raupach 2004. Kleines Foto: Mit der Kulturgruppe der FDJ beim Agitationseinsatz in Senftenberg 1949.

Da sind nicht nur die beiden Söhne, da sind auch Freunde und Genossen. Rudi „macht“ die Basisgruppe der PDS, er ist aktiv in der GBM und im Kulturverein. Manchmal ist es ja ein bisschen viel. Aber wenn man sich zurückzieht, geht auch Lebensqualität verloren, meint er. Da kann ich nur zustimmen.

Inge Junginger

## Die unerträgliche Gewalttätigkeit des Seins

Zur Verleihung des Literaturnobelpreises an Elfriede Jelinek erklärt Christiane Reymann, Bundessprecherin von LISA, der feministischen AG der PDS:

Gratulation der Osloer Jury für ihre Courage, die radikale Umstürzlerin Elfriede Jelinek auszuzeichnen. Sie ist die Cassandra der zeitgenössischen Literatur. Sie ist Feministin und Sozialistin. Sie ist vor allem eine einzigartige Autorin.

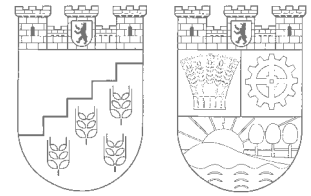
Mit ihrer Sprach-Gewalt legt Elfriede Jelinek die unerträgliche Gewalttätigkeit von Patriarchat, Ausbeutung, Krieg, Kapitalismus bloß. Sie zertrümmert die Heuchelei bürgerlicher Moral. Elfriede Jelineks Literatur tut weh. Damit Erniedrigung und Brutalität endlich wieder unerträglich schmerzen. Elfriede Jelinek ist politisch gradlinig. Ihre Ex-Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Österreichs hat sie nicht im Nachhinein klein geredet. Sie blieb, als die FPÖ sie im Wahlkampf als Kunst- und Kultur-

schänderin brandmarkte. Sie schickte ihre Stücke ins Exil, als die „brutale Eindeutigkeit der extremen Rechten“ die Sprache der Literatur, wie sie schrieb, „sozusagen niedergeknüppelt“ hat.

Die Nobel-Jury zeichnet Elfriede Jelinek als Autorin, als unverwechselbares Individuum aus, nicht als Geschlechtswesen Frau, nicht stellvertretend für ihre Weltanschauung und Kritik. Sie ehrt die Schriftstellerin als „unerschrockene Gesellschaftskritikerin“, die – so die Begründung – „zeigt, wie die Klischees der Unterhaltungsindustrie ihren Einzug in das Bewusstsein der Menschen halten und ihren Widerstand gegen klassenbedingte Ungerechtigkeit und geschlechtliche Unterdrückung lähmen“.

Dass die Jury die politische Haltung von Elfriede Jelinek zur Kenntnis nimmt, ist eine große Ermutigung in einer Zeit, da das Unterdrückungsverhältnis Patriarchat unter Gender-Debatten verschwindet, Ausbeutung Anpassung an den Weltmarkt genannt wird, Krieg humanitäre Intervention und da Täter aus der Geschichte entsorgt werden. Cassandra will nicht geehrt, sie will gehört werden. Wir hören.





## Schwimmhallen offen halten

Die Berliner Bäderbetriebe beabsichtigen, Schwimmhallen im Sommer über mehrere Monate geschlossen zu halten.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Schwimmhallen über vier Monate geschlossen sind“, kritisierte Ingeborg Görtsdorf, PDS-Verordnete in der BVV Lichtenberg, Pläne der Berliner Bäderbetriebe, Schwimmhallen im nächsten Jahr über vier Monate zu schließen. Betroffen wären nicht nur Vereine und Schulen, sondern auch Kindergärten, Freizeitschwimmer und Lehrgänge für das Gesundheitsschwimmen.

Deshalb beantragte die PDS auf der BVV-Tagung am 20. Oktober, sich bei der Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport und bei den Bäder-Betrieben dafür einzusetzen, dass die Schließzeiten für die Schwimmhallen Sewanstraße, Zingster Straße und Anton-Saefkow-Platz auf die Zeit der Sommerferien vom 27. Juni bis 6. August 2005 begrenzt werden.

Das Schulschwimmen müsse im gesamten Schuljahr möglich sein, da dies durch die Rahmenlehrpläne verbindlich festgelegt sei. Und kontinuierliches Training

erfordere ganzjährig Vereinsschwimmen. „Ständig wird über ungesunde Lebensweise gesprochen, von zu dicken Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig schränkt man die Öffnungszeiten der Schwimmhallen ein“, klagte Frau Görtsdorf. „Seit 1996 von der großen Koalition aus CDU und SPD die Schwimmhallen aus der Regie der Bezirke genommen wurden und die Berliner Bäderbetriebe gegründet wurden, ist eine ständige Verschlechterung der Lage festzustellen, obwohl eigentlich eine Verbesserung geplant war.“

Von den Schließungen seien alle Bezirke betroffen, u. a. auch die Halle in der Rudolf-Seiffert-Straße. Neben einer Reduzierung der Öffnungszeiten kommen monatelange Schließzeiten hinzu. Aber die Schließung von Hallen sei keine Lösung, um kurzfristig zu sparen. Das Personal koste weiter Geld. Nach Meinung der PDS müssten langfristige Lösungen her.

Das bedeute vor allem:

- Wirtschaftliche Führung der Schwimmhallen durch Trennung von Betrieb und Infrastruktur, das heißt, teilbetrieblich sollten die Hallenbäder den Sportvereinen übertragen werden (Nutzergruppenkonzept). Hallen und Freibäder sollten zur Verpachtung an die Sportvereine und private Pächter freigegeben werden. Die

Infrastruktur zu erhalten bleibt aber weiter eine staatliche Verpflichtung. Die bisher gezahlten finanziellen Mittel müssen erhalten bleiben, sonst ist ein Betreiben nicht möglich. Auf der Sportministerkonferenz wurde dazu folgendes gesagt: „Die Übertragung des Betriebes der Berliner Bäder an private Pächter und Vereine und die daraus folgende Infrastrukturvorhaltung gewährleistet eine umfassende Aufrechterhaltung des Bäderangebots für die Berliner Bevölkerung durch einen kostengünstigeren Betrieb. Durch die Straffung von Entscheidungsprozessen und die Möglichkeit zur Gewinnung privater Investoren kann eine Entlastung des Haushalts des Landes Berlin erreicht werden. Insofern sollte mit der Umsetzung unverzüglich begonnen werden.“

- Die vom Wirtschaftsbeirat des Landessportbundes vorgeschlagene Infrastrukturgesellschaft im Interesse der Erhaltung der Berliner Bäderlandschaft erhält für die gebührenfreie Nutzung der Schwimmhallen durch Vereine und Schulen vom Senat einen finanziellen Ausgleich.
- Wenn Berlin auch künftig erfolgreiche Olympiateilnehmer im Schwimmen stellen will, muss Einiges getan werden.

## Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

### ■ 20. Oktober

Am Morgen grüßt die junge Abgeordnete des sächsischen Landtags auf der Titelseite des ND mit ihrem mutigen Bekenntnis auf ihrem T-Shirt: „Besser leben ohne Nazis“. Die Berlinseite macht mit der Information auf, dass das Verwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit der NPD-Märsche durch Hohenschönhausen auf Antrag von Bürgern überprüfen wird. Erfolgsaussicht gut. Am Abend behandelt die BVV eine große Anfrage unserer Fraktion nach der Zurückdrängung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Lichtenberg. Selbst die Vorsitzende der SPD-Fraktion musste nach der Antwort der Bürgermeisterin konstatieren, es sei beeindruckend viel passiert. Das ist es, und Zivilcourage ist und bleibt dafür die Voraussetzung.

### ■ 21. Oktober

„In Ost und West gibt es eine Mentalität bis weit in die Mittelschichten hinein, dass man staatliche Leistungen mitnimmt, wo man sie kriegen kann!“, sagt der Kanzler. Recht hat er. Sein Genosse hier führt es vor. Aus

haushalttechnischen Gründen ließ er die Mitgliedschaft des Bezirks in der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit e. V., eine bundesweite, Erfahrungen für Berlin aufbereitende Vereinigung, kündigen. Das lag temporär in der Nähe der Einsetzung der Senatorin Knake-Werner als Vorsitzende. Wer denkt da schon Schlechtes? Teilt auf Nachfragen aber mit, der Bezirk würde vorbildlich an den Angeboten der LAG partizipieren. Nehmen also. Geben nicht. Mit dem eingesparten Beitrag von 130 € ist der Haushalt saniert. Glückwunsch!

### ■ 22. Oktober

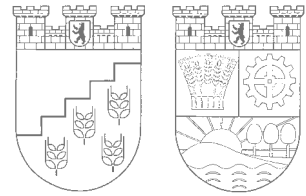
Die Linse, der umstrittenste Jugendclub Lichtenbergs, feiert eine Sponsoringnacht. Und alle sind gekommen, die, die schon immer dafür waren, den Club weiterzuführen, aber auch die, die schon immer dagegen waren, diese Bastion linker Jugendkultur zu stützen. Alle klopfen sich auf die Schulter und beteuerten, wie gut sie doch gelungen sei, die Umlagerung aus dem alten Versorgungswürfel an der B1 in die kleine Kantine des Carrousel-Theaters. Es wurden lobende Worte für die Initiatoren gefunden, man reichte wohlschmeckende, weil selbstgefertigte Speisen, und schöne Klänge und Stimmen rahmten das Fest. Spenden waren die Bedingung für die Teil-

nahme. Ein bisschen viel geraucht wurde für meinen Geschmack. Naja, Hauptsache es wird was mit dem Club.

Die Bürgerkommune Lichtenberg bekommt Verstärkung. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich mit einer Studie über die Entwicklung und die Perspektiven des Stadtteilmanagements schlaue gemacht. Man hat sie heute vorgestellt. Interessant, wie Außenstehende, wissenschaftlich Befasste einen Blick auf uns werfen. Wir kommen dabei gar nicht so schlecht weg. Es wird konstatiert, dass es mutig ist, was das Bezirksamt unter den gegebenen Umständen hier voranbringt. Die Zielrichtung auf ein größeres Bürgerengagement in der Kommune und die gewollte Einflussnahme auf Haushaltsmittel beim Bürgerhaushalt ist nicht hoch genug einzuschätzen. Daniel Tietze und ich haben es erfreut zur Kenntnis genommen.

### ■ 24. Oktober

Am DenkOrt auf dem Friedhof an der Gärtnerstraße, dem Ort des Gedenkens an die Toten des NKWD-Lagers in Hohenschönhausen, hat sich wie jährlich eine mehrköpfige Gemeinde eingefunden. Der Präsident des Vereins für Kriegsgräberpflege spricht auf Bitten der Bezirksbürgermeisterin Gedenkworte.



## Den Haushalt verstehen

Von Bezirksbürgermeisterin  
Christina Emmrich

„Es geht um unser aller Geld“ – unter diesem Motto macht der Bezirk Lichtenberg in wenigen Tagen einen neuen, nach außen sichtbaren Schritt zur Verwirklichung eines Bürgerhaushaltes, ohne den eine Bürgerkommune nicht funktionieren kann. Mit der Novemberausgabe der Lichtenberger Rathausnachrichten werde ich den Bewohnerinnen und Bewohnern des Bezirkes den Haushalt 2005 in verständlicher Form vorstellen und sie auffordern, sich an der Diskussion für den Haushalt 2007 zu beteiligen. Das Projekt Bürgerhaushalt ist eingebettet in eine bezirkliche Strategie, die die Entwicklung des Bezirkes Lichtenberg zu einer Bürgerkommune zum Ziel hat. Eine Strategie, zu der sich die PDS im Wahlprogramm 2001 bekannt hat.

Mit der Initiative Bürgerhaushalt schaffen wir gleichzeitig neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bewohnerschaft, Politik und Verwaltung. Ich sehe das Vorhaben als eine Voraussetzung dafür, dass sich wesentlich mehr Menschen als bisher in die Kommunalpolitik einmischen.

Mit dem „lesbaren“ Haushalt haben wir die erste Hürde (hoffentlich) genommen. Nun muss ein Bürgerbeteiligungsverfahren entwickelt werden. Dies ist dann die Grundlage dafür, dass eine repräsentative Gruppe von Lichtenbergern gemeinsam mit der Politik und Verwaltung maßgebliche Vorschläge zur Verteilung und Verwendung der



Foto: Joachim Pampel

Christina Emmrich

Mittel des kommunalen Haushalts entwickelt. Diese Eingaben werden im laufenden Prozess der Haushaltsaufstellung in den politischen Prozess einfließen und verbindlich berücksichtigt.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass es ein solches Verfahren für Kommunen mit mehr als 250000 Bewohnern bisher nicht gibt. Wir betreten also Neuland und brauchen Zeit, mehr Zeit als ursprünglich gedacht.

Deshalb werden wir auch erst für den Haushalt 2007 diese Form der Haushaltsaufstellung anwenden. Die Diskussion geht aber schon in diesem November los – die obengenannte Veröffentlichung soll sie anstoßen.

450000 Euro werden auf Initiative der PDS in den Ausbau der Jugendfreizeiteinrichtungen Arche und Linse fließen. Damit können die beiden Standorte langfristig gesichert werden.

*Hendrikje Klein, Christian Petermann,  
PDS-Fraktion in der BVV*

## Motten bekämpfen

Auch in diesem Jahr litten die weißblühenden Rosskastanien unter dem Befall von Miniermotten. Vollständige Beseitigung des befallenen Laubes kann nach Untersuchungen des Pflanzenschutzamtes den Befall im nächsten Frühjahr um zwei Drittel reduzieren. Also, greift zum Laubbesen, liebe Bürgerinnen und Bürger, lasst die Motten nicht unter ihrem Wirt überwintern! Die Kastanien werden es Euch im nächsten Jahr danken.

## Jugend will mitmischen

Der Bezirk Lichtenberg ist um eine politische Gestaltungskraft bereichert worden, denn vom 15. bis 18. Oktober fand die erste Kinder- und Jugendkonferenz des Bezirks statt, und das Kinder- und Jugendparlament hat sich neu entdeckt.

Organisiert hatten diese Veranstaltung Jugendliche aus Lichtenberg, die sich unter dem Namen „Zwix“ eine regionale Servicestelle von Jugendlichen für Jugendliche aufgebaut hatten. Jene regionalen Servicestellen sind Teil eines 700 Jugendliche umfassenden bundesweiten Netzwerkes, das Jugendlichen bei der Initiierung von Projekten finanzielle und organisatorische Starthilfe gibt.

Mit der Kinder- und Jugendkonferenz startete die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpartizipation zu einer konstanten, tragfähigen und von vielen Jugendlichen getragenen Form. Ziel dieser Veranstaltung war es u. a., die bestehende Struktur des Kinder- und Jugendparlamentes personell, inhaltlich und organisatorisch zu erneuern. Weiter sollten Jugendliche in Arbeitsgruppen gemeinsam mit Politikern inhaltliche Projekte diskutieren und sich selbst der Methodik von Kinder- und Jugendbeteiligung in Workshops annähern.

Ca. 80 Jugendliche nahmen an der Konferenz in der Barnim-Oberschule teil. Sie versuchten sich in Rhetorik und Moderation, im Projektmanagement und im Verfassen von Finanzanträgen. In den Schulklubs und Freizeiteinrichtungen wollen sie nicht nur mitreden, sondern selbst über die Leistungen im Rahmen der Finanzmittel bestimmen. Weitere Ideen sind ein Jugendbeirat bei den neuen Jobcentern, eine Antifaschistische Tour durch die Schul- und Jugendklubs zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie der Aufbau eines selbstverwalteten Jugendzentrums.

Dass Jugendliche aber manchmal auch wie ganz „normale“ Politiker sind, zeigten dann die intensiven Debatten um die Satzung des Kinder- und Jugendparlamentes. In der Bezirkspolitik wollen sie in den Ausschüssen und den Plenarsitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen sowie in den Leitprojekten mitwirken.

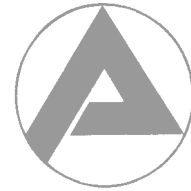
Leider wurden die positiven Ansätze des Wochenendes am letzten Tag durch eine emotional aufgeladene Vorstandswahl des Kinder- und Jugendparlamentes getrübt.

Dennoch bin ich sehr optimistisch, dass diese Kinder und Jugendlichen von sich hören lassen und wir Politiker einen unparteilichen, konkret arbeitenden und streitbaren Partner für die Entwicklung Lichtenbergs gewonnen haben. *Daniel Tietze*

## 850000 Euro für die Zukunft

*Kita-Sanierung durchgesetzt. Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen in Planung.*

Eine gute Botschaft für 12 Kitas von der Reriker Straße in Hohenschönhausen bis zur Hauptstraße in Rummelsburg: Von jetzt an können bis zu 400000 Euro für ihre Sanierung eingesetzt werden. Dies geht aus einer Vorlage für die 34. Sitzung der BVV am 20. Oktober hervor. Damit hat das Bezirksamt schnell und unbürokratisch auf die Initiative der PDS reagiert, mit der unsere Fraktion im Juni dieses Jahres die gezielte Ausschöpfung der 2004 nicht verbrauchten Investitionsmittel anregte. Bereits im August konnten wir im Haushaltsausschuss diese konkreten Schritte für einen kinder- und jugendfreundlichen Bezirk Lichtenberg beschließen.



## Hartz IV: Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik in Berlin

Von Harald Wolf, Heidi Knake-Werner, Carola Freundl und Elke Breitenbach

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau im Hartz-IV-Gesetz ist geltendes Recht. Deshalb müssen alle Bundesländer, auch das rot-rot-regierte Berlin, das Gesetz umsetzen. Dabei rücken wir von unserer Kritik an dem Gesetz nicht ab. In Berlin wird es rund 400 000 Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II geben (einschließlich der Familienangehörigen). Sie werden ab 2005 in Job-Centern betreut, die von den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) aus Arbeitsagentur und Bezirksämtern betrieben werden.

Der Bund finanziert die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für ALG-II-Empfänger (das sind die ehemaligen Arbeitslosenhilfe-Empfänger und Erwerbsfähige, die vorher Sozialhilfe bekommen haben). Deswegen können im Prinzip alle Maßnahmen nur mit Zustimmung der regionalen Arbeitsagenturen auf der Grundlage der Vorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und der Bundesagentur für Arbeit umgesetzt werden.

Das lässt Ländern und Kommunen nur geringe Spielräume. So klein sie auch sind, die PDS wird sie zugunsten der Betroffenen voll ausschöpfen. Andererseits befürwortet das BMWA, dass die Länder bestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finanziell mit fördern. Die PDS wird sich dafür einsetzen, dass Berlin trotz der Haushaltsnotlage auch diese Möglichkeit nutzt.

### 1. Unsere Ziele in der öffentlich geförderten Beschäftigungspolitik unter den Bedingungen von Hartz IV

- Integration möglichst vieler ALG-II-Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt
- Beschäftigungspolitische Maßnahmen müssen sinnvoll für den Einzelnen und für das Gemeinwesen sein und mit zielgerichteter Qualifizierung verbunden werden.
- Umbau des zweiten Arbeitsmarkts, da die alleinige Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt in Berlin und in anderen strukturschwachen Regionen nicht ausreicht. In Berlin kommt auf mehr als 30 Arbeitsuchende nur eine offene Stelle.
- Die Diskussion um einen echten öffentlichen Sektor zwischen Markt und Staat

in Anknüpfung an unsere Konzeption des Öffentlichen Beschäftigungssektors ist neu zu führen.

- Sicherung und Fortentwicklung der bestehenden Arbeitsförder-Infrastruktur

### 2. Umgang mit „Ein-Euro-Jobs“

Das Hartz-IV-Gesetz schreibt den Arbeitsagenturen eine hohe „Aktivierungsquote“ bei den ALG-II-Empfängern vor. Das heißt, sie müssen möglichst vielen Betroffenen eine Beschäftigung anbieten. Das führt dazu, dass die Agenturen den Schwerpunkt ihrer Vermittlungstätigkeit auf die im Vergleich „billigen“ Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), die so genannten Ein-Euro-Jobs, legen werden. Dabei zahlen sie bis zu 500 Euro pro Monat und pro Betroffenen an den Träger der Beschäftigung (Projekt, Wohlfahrtsverband o. ä.). Knapp 200 Euro können davon die ALG-II-Empfänger verdienen, der Rest geht an die Träger für Regie-, Verwaltungs- und Qualifizierungskosten.

Auch in Berlin sollen die ARGEn rund 30 000 MAE-Stellen einrichten. Die PDS und ihre Senatoren setzen sich dabei für folgende Grundsätze ein:

- keine Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch MAE. Sie müssen – wie es das Gesetz verlangt – zuzätzlich und gemeinnützig sein.
- Es gilt das Prinzip der Wahlmöglichkeit. Die Betroffenen müssen zwischen verschiedenen Angeboten wählen können je nach Interesse und Fähigkeiten.
- Die MAE sollen einen möglichst hohen Qualifizierungsanteil haben und sollen dann auch prinzipiell verlängert werden.
- MAE für Jugendliche unter 25 Jahren sollen generell nicht unter neun Monaten laufen.
- Ausschöpfung des finanziellen Spielraums bei den MAE auf bis zu zwei Euro pro Stunde im Interesse der Betroffenen.
- Verknüpfung der Finanzierungen von Projekten und Maßnahmen. Das erleichtert es Projekten auch, Brücken in den ersten Arbeitsmarkt zu schlagen.
- Entwicklung eines Qualitätsmanagements bei den Maßnahmen, um sinnlose Beschäftigungen zu verhindern.
- Zielgerichteter Mitteleinsatz entsprechend den realen Bedingungen in den

Bezirken. Das bedeutet, dass z. B. in Bezirken mit hohen Anteilen arbeitsloser Migranten oder arbeitsloser Jugendlicher speziell auf sie zugeschnittene Jobs angeboten werden, die die Beschäftigten qualifizieren und das Gemeinwesen in den Bezirken fördern.

- Beratung und Hilfe für die Betroffenen z. B. durch die Einrichtung von Widerspruchsstellen bei den ARGEn oder den Bezirksämtern.
- Überlassung leerstehender Gebäude in öffentlichem Eigentum an freie Träger, Bürgervereine etc., so dass dort stadtteilorientierte Arbeit auch mit MAE entwickelt werden kann.
- Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse im Anschluss an MAE, wenn sich dadurch Brücken in den ersten Arbeitsmarkt schlagen lassen.

### 3. Weitere beschäftigungspolitische Maßnahmen

In Berlin wird es auch für ALG-II-Empfänger weitere beschäftigungspolitische Maßnahmen geben. Die PDS setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

- Fortführung des Programms „Stelle statt Stütze“, in dem Arbeitgeber Lohnkostenzuschüsse erhalten, wenn sie ALG-II-Empfänger beschäftigen (ca. 600 Stellen).
- Rund 5 000 ABM-Stellen für ALG-II-Empfänger. Diese werden insbesondere für Ältere zur Verfügung stehen und können bis zu drei Jahren laufen.
- Etwa 500 so genannte Struktur-ABM. Die sollen an die Stelle der bisherigen SAM-Stellen (Strukturanpassungsmaßnahmen) treten und zur Stabilisierung der soziokulturellen Infrastruktur dienen.
- Überleitung von 2 400 Stellen aus der Hilfe zur Arbeit in das Jahr 2005. Auch danach soll es mindestens 2 400 weitere geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geben.
- Verknüpfung von Wirtschaftsfördermaßnahmen wie Existenzgründungsprogramme und Genossenschaftsgründungen mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, um Arbeitslosen den Weg in die Selbstständigkeit zu öffnen.
- Die verschärfte Anrechnung von Partner-einkommen und Vermögen wird dazu führen, dass viele Arbeitslose völlig aus dem Leistungsbezug fallen und über kein eigenständiges Einkommen mehr verfügen. Das wird insbesondere Frauen treffen. Mit der Regionaldirektion wird deshalb verhandelt, dass auch dieser Personenkreis in die Maßnahmen kommunaler Beschäftigungsförderung eingebunden wird.

## Sie können mit den Machern von Hartz IV sprechen!

von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Unter dieser Überschrift erschien ein Interview mit mir im Berliner Abendblatt, in dem ich zu einem ganztägigen Besuch in den Bundestag, verbunden mit einer Diskussion im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, einlud.

Jeder Bundestagsabgeordnete kann eine bestimmte Anzahl von Bürgern pro Jahr zum Besuch des Bundestages einladen. Die Berliner Abgeordneten können vier Gruppen zu je 50 Teilnehmern einladen. In diesem Jahr waren bereits Schüler aus der Oskar-Schindler-Schule und Vertreter von Lichtenberger Sportvereinen bei mir. Mit dem Besuch am 13. Oktober wagten wir ein Experiment: Menschen, die sich vorher nicht kannten, kamen zur politischen Diskussion zusammen. Am Vormittag wurde erst ein Foto von uns allen mit dem Kanzleramt im Rücken gemacht. Es rief auch jemand: „Ich will da rein!“ Unser Ziel waren allerdings die neu erbauten Gebäude des Parlamentes und der Reichstag. Dort wiesen wir unsere Gäste auf die zahlreichen historischen Zeugnisse des Widerstands gegen die Naziherrschaft hin.

Das Mittagessen in einem Lokal mit zahlreichen historischen Fotos – zum Beispiel Erich Honecker und Gerhard Schröder gemeinsam lachend – bot erste Gelegenheit zum Kennenlernen untereinander. Auf den Besuch im Ministerium hatten sich alle Seiten gut vorbereitet. Wir hatten extra beim Staatssekretär darauf gedrungen, dass wir keinen Pressereferenten als Ge-



sprächspartner haben wollen, sondern jemanden, der direkt mit Hartz IV befasst ist. Unsere Gesprächspartnerin, eine promovierte Beamtin aus dem Hartz-IV-Referat bemühte sich dann auch sehr engagiert, Vorteile und Chancen zu erklären. Meine Gäste hatten nicht nur präzise Fragen, sondern auch eigene Erfahrungen mit Arbeitsämtern und Arbeitsvermittlung.

Hartz IV könne keine Arbeitsplätze schaffen, so die Beamtin. Da seien neue Ideen der Politik gefragt, dafür sei Frau Löttsch zuständig. Am Ende der Diskussion stellte ich eine „Waffenungleichheit“ fest. Derjenige, der Arbeitslosengeld II beantragt, muss alle Fragen präzise beantworten, während auf der anderen Seite vieles noch offen und unklar ist. Das Abendessen gab noch einmal die Gelegenheit mit

*Ein ganztägiger Besuch im Bundestag am 13. Oktober: Es meldeten sich mehr Interessierte, als Gesine Löttsch mitnehmen konnte.*

allen zu sprechen. Alle hatten neue Anregungen gewonnen, Informationen und Fragen, die sie auch mit Familie und Freunden diskutieren werden.

Eine Teilnehmerin hatte die Idee, im Bus eine kleine Sammlung für die Restaurierung des Gemäldes „Nicaragua“ an der Lichtenberger Brücke zu sammeln. Es kamen 87 Euro zusammen.

PS: Wir empfangen auch außerhalb unseres „Kontingents“ Besucher im Bundestag. So ein Besuch mit Diskussion und Besichtigung dauert dann nicht den ganzen Tag, sondern nur ca. zwei Stunden.

## Aus dem Bezirksvorstand

von Wolfgang Schmidt

Der Bezirksvorstand (BV) hat sich im Oktober mit der Mitgliederentwicklung und der finanziellen Situation im Bezirksverband beschäftigt. Seit Ende 2001 hat sich die Mitgliederzahl um rund 710 auf gegenwärtig 2250 verringert. In diesem Zeitraum sind 160 Genossinnen und Genossen verstorben, 430 ausgetreten und 80 verzogen. Dem stehen nur 40 Eintritte gegenüber. Der Altersdurchschnitt beträgt gegenwärtig 67,6 Jahre, 1400 sind älter als 65. Das Beitragsaufkommen fiel von 517 T€ (2002) auf 316 T€ (September 2004), obwohl der monatliche Beitragsdurchschnitt angestiegen

ist. Die Spendeneinnahmen gingen von 66 T€ (2002) auf 47 T€ (September 2004) zurück. Insgesamt also keine erfreuliche Entwicklung. Trotz leichter Überbietung des Einnahmeplanes im September beläuft sich der Rückstand bei den Beitragseinnahmen auf rund 25 T€ zum kumulativen Zeitsoll, bei den Mandatsträgerbeiträgen auf 5 T€.

Die AG Mitgliedergewinnung beim BV bittet die Basisorganisationen um Mitarbeit bei der Sammlung von Ideen zur Mitgliedergewinnung. So finden künftig regelmäßige Zusammenkünfte mit neuen Mitgliedern statt. Es wurde vorgeschlagen, eine BO von neuen Mitgliedern, die noch im Berufsleben stehen, zu gründen. Ziel muss sein, dass sich alle BO stärker der Mitgliedergewinnung annehmen.

Der BV hat beschlossen, bis Jahresende nur noch vertraglich vereinbarte Leistungen zu finanzieren. Säumige Genossinnen und Genossen werden gebeten, ihrer Beitragspflicht bis Jahresende nachzukommen. Zunehmendes Gewicht erlangt die Beitragsehrlichkeit. Die Kosten für den laufenden Geschäftsbetrieb sind weiter zu minimieren. In Vorbereitung auf das Planjahr 2005 wird der BV alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen und Einfluss nehmen auf die weitere Qualifizierung von Ausgabenformativen im Finanzierungsmodell des Berliner Landesverbandes, auf dessen Grundlage alle Bezirksverbände seit 2002 arbeiten. Außerdem soll ein Konzept erarbeitet werden, das die Erschließung von Spenden auch außerhalb der PDS ermöglicht.





## Buch-Tipp



### Ein Kanadier in der DDR

Wer kannte in der DDR nicht Perry Friedman und seine Lieder? Um 1960 kam er, das geteilte Deutschland war längst Realität. Er begann mit seiner Gruppe in Fabriken aufzutreten, sang amerikanische Folksongs und Kampflieder, veranstaltete mit seiner Gruppe in Kulturhäusern so genannte Hootenannies, zwanglose Zusammenkünfte für sangesfreudige Menschen. So brachte er im ganzen Land, besonders unter der Jugend, manchen zum Singen.

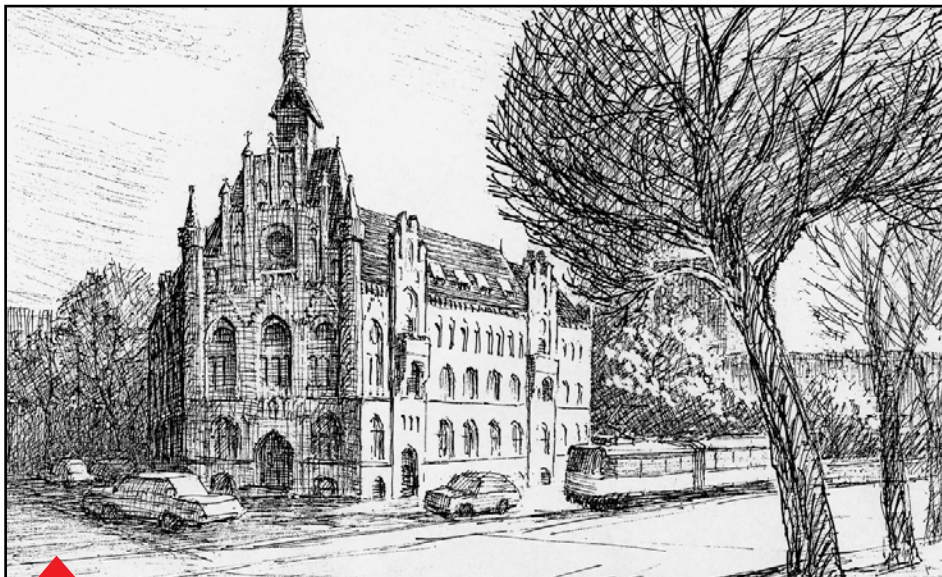
Dann kam die Zeit, da er das schwere Banjo nicht mehr halten konnte. Doch er gab nicht auf, gab auch nach der „Wende“ noch Konzerte und produzierte Rundfunksendungen. 1990 begann er sein Leben aufzuzeichnen. Diese Arbeit konnte er nicht mehr vollenden.

Nun hat seine Frau Brigitte diese Aufzeichnungen für die Veröffentlichung bearbeitet, seine Freunde trugen ihre Erinnerungen bei. So ist ein bewegendes Buch zu einem Stück Kulturgeschichte der DDR entstanden.

Perry Friedman wird in Erinnerung bleiben als Kanadier, der deutsche Volkslieder entstaubte und den Kampfliedern ihre Feierlichkeit nahm, der zum Geburtshelfer der FDJ-Singebewegung wurde.

Inge Junginger

■ Perry Friedman: „**Wenn die Neugier nicht wär'. Ein Kanadier in der DDR**“, Dietz Berlin 2004, 198 Seiten, incl. der CD „Passing through“, Verlag Pläne 1976; 14,90 €, ISBN 3-320-02048-X



Das Lichtenberger Rathaus. Wolfgang A. E. Neumann zeichnet seit vielen Jahren Stadtansichten. Die Originale können vom Künstler käuflich erworben werden. (Tel.: 5110601)

## Info links

**Herausgeber:**  
PDS-Bezirksverband Lichtenberg  
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

**Adresse der Redaktion:**  
Geschäftsstelle der PDS  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

**Telefon:** 030/512 20 47  
**Fax:** 030/51 65 92 42

**E-mail:** lichtenberg@pds-berlin.de  
**Web:** www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

**Redaktionsschluss:** 25.10.2004

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 10/2004:  
16.11. und 30.11.2004, jeweils 16 Uhr  
Redaktionsschluss für Ausgabe 10/04: 29.11.2004  
Die nächste Ausgabe erscheint am 9.12.2004.

**Druck:** Druckerei Bunter Hund  
**Gestaltung:** Jörg Rückmann  
**Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.**

## Veranstaltungen

■ **Sonnabend, 6.11., 9 Uhr**  
Klausurberatung BVV-Fraktion und Bezirksvorstand zur Entwicklung des Gemeinwesens; Rathaus Lichtenberg

### Basistreffen zum PDS-Bundesparteitag

mit Dr. Dagmar Enkelmann,

■ **8. November, 19 Uhr,**  
Bezirksamt, Große-Leege-Str. 103

- **Dienstag, 9.11., 17–18 Uhr\*\***  
Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch, MdB
- **Mittwoch, 10.11., 17 Uhr\***  
Projektgruppe „Kommunale Selbstverwaltung“
- **Freitag, 12.11., 20 Uhr**  
Gastspiel Gisela Oechelhaeuser:  
„Nichts Böses, einfach mal Rübe ab ...“;  
Zimmertheater Karlshorst, Treskowitzallee 112, Reservierung: Tel. 5534616
- **Montag, 15.11., 19 Uhr**  
PDS-Fraktionsversammlung BVV;  
Rathaus Lichtenberg
- **Mittwoch, 17.11., 17 Uhr**  
Tagung der BVV; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103, **ab 16.30 Uhr** Bürgerfragestunde
- **Donnerstag, 18.11., 19 Uhr\***  
„Für eine starke PDS: Sozial mit aller Kraft“, zur Strategie der PDS, mit Dr. Bernd Ihme
- **Sonnabend, 20.11., 9 Uhr**  
Klausurberatung BVV-Fraktion und Bezirksvorstand zur Bürgerkommune; Rathaus Lichtenberg
- **Sonntag, 21.11., 10 Uhr\***  
Lichtenberger Sonntagsgespräch:  
„Warum ist die DDR-Wirtschaft gescheitert?“, mit den Professoren Siegfried Wenzel und Harry Nick
- **Montag, 22.11., 18 Uhr**  
„55 Jahre nach Gründung der DDR ...“, Gesamtmitgliederversammlung mit Prof. Dr. Günter Benser; Café „Miteinander Wohnen“, Volkradstraße 8
- **Dienstag, 23.11., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Sonnabend, 27.11., 20 Uhr**  
Robert-Gilbert-Revue: „Meckern ist wichtig – nett sein kann jeder“; Zimmertheater Karlshorst
- **Montag, 29.11., 19 Uhr**  
PDS-Fraktionsversammlung BVV; Rathaus Lichtenberg

\* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

\*\* Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5